

Er scheint täglich.

Preis: durch die Boten M. 2, durch die Post M. 2,20 per Quartal, monatlich 67 Pfennig.

Anzeigen: Feuille oder Raum 15 Pfg. Minimum 2 Zeilen. Reklamen 50 Pfg. Fernsprechanschluß Nr. 1028.

Düsseldorfer Volksblatt.

Mit der illustrierten Beilage „Düsseldorfer Sonntagsblatt“.

Chefredakteur Dr. Ed. Hüsgen. Verantwortl. Redakteur: Ludw. Weber in Düsseldorf. Druck und Verlag des Düsseld. Volksblattes, Gesellschaft m. b. H. in Düsseldorf.

Haupt-Expedition: Poststraße 14.

Fiktal-Expeditionen: Friedrichsplatz 6, Friedrichstr. 42, Hofenstr. 11, Kölnstr. 299, Neuhofstr. 50, Dfstr. 76, Schadowstr. 35, Schützenstr. 1.

Agenturen: Amortoren-Bureaus in allen größeren Städten.

Nr. 7.

Montag, 7. Januar 1895 (Valentin).

29. Jahrg.

E. Was hat das Handwerk verbrochen,

daß die verbündeten Regierungen seinen Rufschrei nicht hören wollen? Ist die Handwerkerfrage so untergeordneter Natur, daß sie in einer Thronrede, welche eine Lösung social-politischer Aufgaben in Aussicht stellt, übergangen werden darf? — Man hätte das noch einigermaßen damit entschuldigen können, daß in dem Maße, welcher in der Thronrede die sociale Frage berührt, auch der Handwerkerfrage gedacht sein könnte. Nachdem aber der neue Reichskanzler in der Reichstagsrede vom 11. Dezember v. J. wohl die Notlage der Landwirtschaft zu unserer Freude anerkannt und diesbezüglich Abhilfe versprochen, dagegen weder die Notlage des Handwerkers noch dessen Organisation mit einer Silbe erwähnt hat, bedarf es wohl keines näheren Beweises, daß der neueste Rufschrei Handwerkerfrage als sehr nebensächlich betrachtet. Fürst Hohenlohe erwähnte nur, daß man zum Schutze des Handwerkers in der Frage wegen des Warenverkehrs der Konsumvereine näher treten müsse. Damit wird aber niemand imstande sein, die so brennend gewordene Handwerkerfrage zu lösen.

Fürst Hohenlohe erkannte als eine unbestrittene Tatsache an, daß die Lage der deutschen Landwirtschaft infolge des ausländischen Wettbewerbes eine sehr traurige geworden, und daß die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre mehr der Industrie, als der Landwirtschaft zu gute gekommen seien. Wir freuen uns dieser Anerkennung aus diesem Grunde; aber wir fragen: Wann es dem neuen Reichskanzler entgangen sein, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen der liberal-manchesterischen Partei seit fünfundsiebzig Jahren dem deutschen Handwerk zu gunsten der Industrie nicht nur, nein zu gunsten des unumschränkten Wettbewerbes, zu gunsten der unumschränkten Herrschaft des Kapitals, ja zu gunsten des Kampfes aller gegen alle — die tiefsten Wunden eingeschlagen haben, an denen es verbluten wird, verbluten muß, wenn nicht zu seinem Schutze andere gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden? — Glaubt der neue Reichskanzler, welcher in seiner Rede am 11. Dezember v. J. die Erhaltung des Mittelstandes so scharf betonte, daß man, um den Mittelstand zu schützen, sich um den Niedergang des Handwerks nicht zu kümmern brauche? Wir sind der Ansicht, daß ohne einen tüchtigen, schaffenden, in seiner Pflicht geschulten Handwerkerstand ein gehobener, leistungsfähiger Mittelstand überhaupt undenkbar ist! Ja, daß alle Maßnahmen zur Lösung der sozialen Schäden, insbesondere zur Eindämmung der Gefahren des Unflurzes fruchtlos bleiben werden, wenn man nicht das Uebel bei der Wurzel faßt und jene Gesetze ändert, welche dem Handwerker die Lebensader unterbinden und daselbst unüberwindlich dem Rechte des Stärkeren ansteuert haben.

Die unumschränkte Gewerbefreiheit hat das schöne Band zerrissen, welches früher Meister, Geselle und Lehrling als eine große Familie in der Innung umschlang. Sie hat dem Unheimlichen trotz seiner Kenntniß und trotz seines Fleißes eine selbständige Existenz verschlossen, und taufende Unberufenen — gewissenlosen Kapitalisten, Puffern und Industrierittern — den goldenen Boden des Handwerks erschlossen. Tausende einst zufriedene, selbständige Existenzen sind zu Grunde gegangen und bilden eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Staat und Gesellschaft. Die Särden des alten Geselzes der Artgenossenschaften wurden niedergebissen, und an ihre Stelle trat fast schrankenlose Freiheit und in deren Folge unumschränkte Herrschaft des Kapitals, unter welcher heute die ganze Gesellschaft, am schlimmsten aber der Handwerkerstand leidet. Die faulen Gründungen und großindustriellen Unternehmungen mußten gestiftet werden durch das Freizügigkeitsgesetz, welches tausende und abertausende zufriedene Landarbeiter in

die Industrie-Centren lockte, und welche, wenn sie ausgenutzt und nicht selten auch um ihr höchstes Gut — den Glauben — betrogen waren, dem Elende preisgegeben, als reife Frucht der Socialdemokratie anheim fielen, während die Landwirtschaft unverhältnismäßig hohe Börsen zahlen und ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßen mußte. Ebenso wenig wie das Socialistengesetz wird die sogenannte „Unflurvorlage“ ihren Zweck erfüllen, den die Regierung davon erwartet, sie wird höchstens die feindlichen Brüder, die in so eifriger Mauerung begriffen waren, wieder in alter Eintracht zusammenführen. Die Bekämpfung der Socialdemokratie und der Unflurvorlage muß daher auf andere Weise in Angriff genommen werden.

Das Großkapital hat Geld und Gut, Ader und Häuser, Fabriken und Bergwerke, Handel und Schifffahrt, Landwirtschafts- und Handwerksprodukte an sich gezogen, und sammelt tagtäglich mit vollen Händen neue Schätze in die vollen Kassen. — Der Mittelstand, der Kern und das Mark der Völker, die Stütze des Staates und der Kirche, dort allmählich aus und stirbt ab, wie der Baum mit verfaultem Wurzelstock. In gleichem Maße wächst die sociale Gefahr, und es tritt immer frecher der Kampf gegen Religion, Sitte und Ordnung in die Erscheinung. Was helfen da verschärfte Strafparagrafen? Wenn die persönliche Agitation auch ganz erstickt würde, dann würden doch die traurigen Verhältnisse im Mittelstand, namentlich im Handwerkerstand eine so berebere Sprache führen, daß ohne Beteiligung der Ursachen ein Erfolg unmöglich zu erwarten wäre. Daher fände man nicht länger, die zügellose Herrschaft des Kapitals einzudämmen!

Unsere heutige Lage hat die unbeschränkte Gewerbefreiheit verhindert, sie hat den Mittelstand im Handwerk und in der Kaufmannschaft beinahe verdrängt, deshalb fände man nicht, an ihre Stelle gesetzliche Bestimmungen zu setzen, welche dem wirtschaftlich Schwachen denjenigen Schutz gewähren, den ein sich christlich nennender Staat seinen Mitgliedern schuldig ist. Denn wird der Mittelstand wieder erstarren und zugleich die Gefahr des Unflurzes sich vermindern. Aber es ist die höchste Zeit, daß die Regierung mit klarem Blick die Notlage des Mittel- und Handwerkerstandes erkenne und durch gesetzliche Maßnahmen lindere! Die sociale Not ist nicht etwa ein unabwendbares Geschick, nicht etwa eine eiserne Notwendigkeit, gegen welche menschliche Anlagen vergeblich wäre, sie ist vielmehr zum großen Teile durch eine liberal-manchesterische, unchristliche Gesetzgebung erzeugt, und muß durch eine christlich-socialistische Gesetzgebung wieder beseitigt werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Januar.

* Ueber den Kronrat von Freitag erfährt man aus den Wäutern bis jetzt nur Unklarheiten. Anwesend waren außer dem Eisenbahnminister Thielen, der nach Gesellenbünde abgereist war, alle Minister, ferner die Staatssekretäre Pofadowsky und Niebarging. Ursprünglich war eine Sitzung des Staatsministeriums in dessen Dienstgebäude anberaumt worden. Da aber der Kaiser, nachdem er beim Reichstanzler das Frühstück eingenommen, an der Sitzung teilnehmen wollte, wurden die Minister in die Amtswohnung des Fürsten Hohenlohe entboten. Der Kaiser verließ die Sitzung gegen 6 Uhr, worauf die Beratungen unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe noch eine Stunde fortgesetzt wurden. Die „Post“ will geäußert haben, daß bodenpolitische Fragen nicht erörtert und lediglich die Tagesordnung erledigt worden sei, die sich speziell mit Steuerangelegenheiten beschäftigte.

* Dem Landtage soll ein Gesetzentwurf betr. die

Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und eine Vorlage über die Notariatsgebühren zugehen.

* Zum Unterstaatssekretär im preuß. Staatsministerium ist nach der Post. Ztg. Senatspräsident v. Meyeren, früherer Regierungspräsident in Posen, ernannt worden.

* Der kommandierende General des 1. Armee-corps, General v. Werder soll einem Königsberger Blatte zufolge nun doch den Abschied nachgesucht haben. Als sein Nachfolger gilt Generalleutnant Graf v. Finckenstein, Kommandeur der 17. Division, der älteste Divisionskommandeur in der Armee.

* Reichstagspräsident v. Levetzow hat, wie die Nordd. Allg. Ztg. von zuverlässigster Seite erfährt, niemals an seinen Rücktritt gedacht. Der „Reichsbote“ meldet dagegen, daß Herr v. Levetzow zurücktreten will, wenn ihm nicht größere Disziplinarrechte erteilt würden.

* In einem Schreiben an die „Westf. Reform“ hat der Reichstagsabgeordnete Altmeyer erklärt, daß er, falls die deutsch-socialistische Partei sein Programm nicht annehmen sollte, gezwungen wäre, eine eigene Partei zu gründen unter dem Namen „Deutsche Freiheitspartei“ oder „Deutscher Freiheitsbund“.

* Für die Schiffsforderungen der Marineverwaltung macht die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem längeren Artikel Stimmung. Es handelt sich bekanntlich um den Bau von vorläufig 3 neuen „geschützten Kreuzern“ (mit Panzerdeck und einem „Panzerkreuzer“ (mit Panzerdeck und Gürtelpanzer, sowie mit stärkerer Artillerie). Der Artikel enthält nichts Bemerkenswertes. Zu erwähnen ist nur die Auslegung, die er einer Verlesung des Reichstanzlers in dessen „Programm vom 11. Dezember v. J.“ giebt. Fürst Hohenlohe sprach darin von der „Pflicht“, unsere Kriegsmarine derartig zu vergrößern, daß sie mindestens im Stande sei, unseren überseeischen Interessen den Schutz zu gewähren, ohne den Unternehmungen des Handels und Verkehrs überhaupt nicht bestehen könnten. Es war damals in der Presse darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Reichsflotte überhaupt nicht im Stande sei, überall, wo Deutsche Handel treiben, nützlichsten ihnen den Schutz unserer Kriegsschiffe angedeihen zu lassen. In allen Weltteilen treiben ja Deutsche Handel, und der deutsche Handel weiset sich vielfach mit dem englischen, den er an einzelnen Plätzen sogar übertrifft. Die deutsche Kriegsmarine kann aber unmöglich mit der englischen, auch nicht mit der französischen an Zahl der Schiffe mithalten, sie kann daher auch mit der Ausbreitung des deutschen Handels unmöglich Schritt halten. Die deutschen Steuerzahler können gar nicht verpflichtet sein, kostspielige Schiffe zu bezahlen, damit irgendwo in der Welt die Niederlassung eines reichen Hamburgers oder Bremer Handelsmannes geschützt werde. Nun erklärt die „Norddeutsche“, so wäre auch die Verlesung des Reichstanzlers gar nicht gemeint gewesen, diese habe damit nur die im Marineetat für 1895/96 gestellte Forderung empfohlen wollen. Das ist eine sehr gewalttätige Auslegung, und man muß fragen, ob Fürst Hohenlohe der „Nordd.“ das Recht hierzu gegeben habe. Will Fürst Hohenlohe einer falschen Deutung seiner im Reichstage geäußerten Worte entgegengetreten, so kann er dies auch nur im Reichstage thun. Wir wollen abwarten, ob er demnach die Gelegenheit hierzu wahrnehmen wird oder nicht.

* Zur Frage des Dueschachholzollzes teilt die „Post“ mit, daß die Militärverwaltung bei den Messungen zur Veranschaulichung gemacht hat, daß bei der Anfertigung von Schutzzeug ausschließlich mit Eichenholz gegebene Leder verwendet werden darf. Das mit Dueschachholz behandelte Leder bricht schon nach wenigen Jahren. Doch läßt sich die Minderwertigkeit nicht sofort, sondern erst nach längerem Lagern nachweisen. Für die Seeverwaltung

würde die Einführung eines Dueschachholzollzes mithin besonders erwünscht sein. Wenn durch die Konkurrenz der billigeren Ware — des Leders, welche nur Eichenholz verwenden, immer schwerer gemacht werde, an dem alten Gerbverfahren festzuhalten, so könnte schließlich die Militärverwaltung sich gezwungen sehen, Leder aus einem Lande zu beziehen, in dem noch mit Eichenholz gegebene Leder, wie ausland. Um dies zu verhindern, wäre ein Zoll auf Dueschachholz das Gelegentlichste.

* Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Erlaß des Ministers des Innern v. Köller an die Regierungspräsidenten vom 24. November v. J., worin aufmerksam gemacht wird auf die Propaganda der socialdemokratischen Turnvereine, die sich angeblich mit Turnen beschäftigen, in Wahrheit aber der socialdemokratischen Organisation und Agitation dienen und 1893 zu einem deutschen Turnerbund in Oera zusammengetreten seien. Es wird darauf hingewiesen, daß im Einvernehmen mit dem Kultusminister von Seiten der Unterrichtsverwaltung gegen das Treiben der staatsgefährlichen Turnvereine durch drei Maßnahmen entgegenzuwirken gesucht worden sei, und zwar 1) durch Verbot der Teilnahme von Schülern und Schülerinnen, 2) durch Ablehnung von Gesuchen um Gestattung der Benutzung von Turnräumen und Turngeräten, die Schulen gehören, 3) durch Fernhaltung solcher Personen von den staatlichen Kursen zur Ausbildung von Turnlehrern und -lehrerinnen, sowie von Turnlehrer- und -lehrerinnenprüfungen, die möglicherweise die Leitung des Turnunterrichts in den zur deutschen Turnerschaft gehörenden Vereinen übernehmen könnten. Der Minister fordert Bericht ein, welche Erfahrungen man bezüglich der socialdemokratischen Turnvereine gemacht habe und wie etwa gegen den Arbeiter-Turnerbund vorgegangen sei. — Zu dem dieser Tage vom „Vorwärts“ veröffentlichten Erlaß des Regierungspräsidenten in Potsdam wegen Ueberwachung von socialdemokratischen Protestversammlungen gegen die Unflurvorlage bemerkt die „N. N. Z.“, die Anregung zu dem Erlaß entsamme dem Ministerium des Innern und sei an sämtliche Regierungspräsidenten ergangen. — Der „Vorwärts“ veröffentlicht weiter ein vertrauliches Rundschreiben des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller aus Berlin vom 1. November v. J. Die Verbandsorgane werden darin aufgefordert, unter Ausfällung eines beigefügten Fragebogens die Erfahrungen anzugeben, die sie innerhalb ihres Betriebes bei Anwendung der socialdemokratischen Gesetzgebung gemacht haben. Das Material soll von einer Kommission gesichtet werden, die sich dann darüber schlüssig machen soll, ob die Ergebnisse geeignet sind, in einer Denkschrift zur Kenntnis der Reichsregierung gebracht zu werden. Es handelt sich hauptsächlich darum, Material für die Weiterführung der „Socialreform“, von der das Schreiben sehr verächtlich und verbittert spricht (auch die Gänsefüßchen rühren von den Verfassern des Rundschreibens her), zusammenzubringen.

* Ueber die Arbeiten im königlichen Schloße teilt der Vorwärts weiter mit, daß 15 Bergolder am 2. Weihnachtstage im Weissen Saale teils von 2—7, teils von 5—10 Uhr gearbeitet haben. Für diese Arbeit erhielten sie einen Stundenlohn von 1 Mk. „Da durch eine solche Vohnerhöhung die Entschädigung des Feiertags, das Bergolder gegen das dritte Gehalt im vornehmsten Gebäude des christlich-monarchischen Kaiserstaats der Sozialreform etwa wieder christlich geworden ist“, will der „Vorwärts“ nicht entscheiden. — Uebrigens ist zur Vollendung der Arbeiten im Schloße kein Geld mehr da. Der Vorschlag ist bereits bedeutend überschritten und die Fortsetzung der Arbeit muß einstweilen eingestellt werden, bis die Schloßbauverwaltung wieder Geld hat.

* Das Diphtherietoxin betreffend, veröffentlicht der

3. Gefunden.

„Der eine Händler.“ begann Reginald, „hörte zufällig meinen Namen, da fragte er mich, ob ich hier geboren sei. Nein, antwortete ich kurz, denn ich hatte keine Lust, diesen wunden Punkt meines Lebens vor einem Fremden zu offenbaren.“

„Sind Sie vielleicht aus Münster?“ fragte er aber hartnäckig weiter. „Ja“, ließ ich ärgertlich hervor. „Nun, so begreife ich Ihre Schwermut über diese Sache.“ fuhr er fort, „ich will Ihnen aber eine Geschichte erzählen, die Sie aus derselben aufheitern soll.“ Seine Geschichte lautete also: Er war vor langen Jahren Gärtnerbursche im Hause des Kaufmanns Veitner in Münster in Westfalen gewesen, und ist heute geworden der heimlichen Trauung des Grafen Eugen von Steinhausen mit der Tochter seines Vorgesetzten, Emilie Veitner, durch den Archidiakonus Seiler. Graf Steinhausen habe ein ganzes Jahr, ohne Wissen seiner Verwandten, im Hause seines Schwiegervaters gelebt, und sei erst, nachdem ihm ein Sohn geboren, abgereist, warum, wußte der Erzähler nicht. Fast vier Jahre habe Frau Emilie sich abgemüht, da sie keine Nachricht wieder von dem Gatten erhalte, und auch Münster nicht habe verlassen können, wo die Kindespflicht sie an den kranken Vater gefesselt, dessen Pflege sie nicht fremden Händen habe anvertrauen wollen. Als das vierte Jahr zur Hälfte verstrichen, sei der alte Veitner gestorben, Frau Emilie habe das Verstum deselben veranlaßt, und sei mit ihrem Kinde fortgegangen, er habe nie wieder bis jetzt von ihr gehört. D hätte ich diese Aufklärung des Geheimnisses gewünscht, ich hätte ja nicht so lange geschwiegen, aber ich fürchtete die Entdeckung als eine Verletzung meiner Vermutungen. Jetzt aber werde ich zum Grafen Humbert gehen, und ihm und seiner stolzen Tochter sagen, daß ich kein Findling bin, sondern ganz genau weiß, wer mein Vater ist.“

„Nun, mein Sohn, sage ich noch einmal,“ begütigte auf's Neue der alte Parreer in einem Tone, der dem erregten jungen Manne doch imponierte, so daß er wenigstens still hand, und des Grafen fernere Rede mit anhörte. „Es ist eben so gegangen, ich habe auch gefürchtet, die Enttarnung könne Dir nichts Gutes bringen, darum schwieg ich. Auf das Schloß darfst Du aber noch nicht, denn Du hast keine Beweise, auf die Aussage eines herumziehenden Händlers erkennst Dich niemand an. Du mußt zunächst den Traufstein Deiner Eltern und Deinen eigenen Traufstein beibringen, und den kannst Du nur in Münster vom Archidiakonus Seiler erlangen. Wie es aber

mit der Legitimität der Ehe Deiner Eltern steht, weiß ich nicht, es gehört zu derselben die Einwilligung des alten Grafen Otto; ob dieselbe je nachgesucht, und ob sie verweigert ist, ich weiß es ebenfalls nicht; in die Deffentlichkeit ist hier nie etwas darüber gedrungen, und eingeweiht in diese Angelegenheit hat mich Graf Otto nie. Sprich daher mit dem Archidiakonus in Münster, der die Verhältnisse wohl genauer kennen wird, als wir sie hier kennen. Zur Legitimation, daß Du der Sohn der Emilie Veitner bist, will ich Dir den Traufstein Deiner Mutter mitgeben, der in meinen Händen ist, sowie ein Beglaubigungsschreiben meinerseits. Gelänge es Dir, die Unaussehbarkeit der Ehe Deiner Eltern, sowie die Legitimität Deiner Geburt zu beweisen, dann könntest Du mit Hilfe des Gerichts allerdings Deine Anerkennung als Erb- und Standesherr hier durchsetzen, da Du der älteren, männlichen Linie angehörst. Zähle aber nicht zu sehr darauf, denn Du mußt einen vollständigen Beweis beibringen, und das dürfte nach so langer Zeit, wo alle Beteiligten vielleicht schon tot sind, schwer, wenn nicht unmöglich sein. Sprich aber zu niemand darüber, verschwinde heimlich von hier, Du kennst den gewaltthätigen Mann, der jetzt unter aller Herr hier ist, er hat Dich stets gehaßt, und könnte leicht einen Gewaltakt begehen gegen einen fremdlosen jungen Mann, der noch zu seinen Untergebenen gehöret, und der ihm sein reiches Vermögen freilich zu machen droht. Kannst Du die Beweise nicht erlangen, die Du suchst, so kehre nie nach Steinhausen zurück; hast Du sie aber, dann schick Dich das Gefeh, und dieser Macht muß auch Graf Humbert weichen. Geh, mein Sohn, der Herr geleite Deine Schritte und segne Dein Unternehmen!“

Reginald ging, den Vater zu suchen, den einst die Mutter vergeblich gesucht; würde er ihn finden, im fernem Münster? Das fast mehr die diesem Suchen der Gedanke an das Schloßfräulein, als an den hochgeborenen Vater seine Seele beschäftigte, amte Parreer zitterte nicht.

3

Einige Zeit darauf schritt durch Münsters Thore ein junger, kräftiger Mann, in dem wir Reginald wiedererkennen. Den ersten ihm Begegnenden fragte er nach dem Archidiakonus Seiler.

„Mein Herr,“ erwiderte der Angeredete, augenscheinlich ein Bürger Münsters, „Sie sind hier jedenfalls fremd, da Sie nicht wissen, daß der Archidiakonus Seiler seit zehn Jahren tot ist.“

Eine Eisestätte rann bei diesen Worten durch Reginalds Adern, das war der Todesstreich für die Hoffnungen des

Unterfahren, da er nicht wußte, an wen sich nun wenden; der Unbekannte liebte aber seine Hoffnung gleich auf's Neue mit den Worten:

„Es lebt aber sein Sohn, der Justizrat Seiler, vielleicht erlangen Sie von ihm, was Sie von seinem Vater wollen.“

Er ließ sich die Wohnung des Herrn bezeichnen, fragte sich zuerst in der fremden Stadt und fand bald darauf vor einem kräftigen, hochgewachsenen Manne von vielleicht fünfzig Jahren mit gewinnendem Ketzern, so daß ihm Reginald nach Vorlegung seiner Legitimationspapiere, vertrauensvoll berichtete, was ihm begehrt hatte.

„Ich kann Ihnen dieselbe Auskunft über jene Geschichte geben, wie mein Vater,“ begann der Justizrat, „denn er hat mir dieselbe mitgeteilt.“

„Die Mutter Ihrer Mutter war die erste Jugendliebe meines Vaters, als sie aber den Kunstgärtner Veitner ihm vorzog, hat er seine Gefühle bekämpft und mit der Liebe, die ihm irdische und himmlische Gesetze gestatteten, ihr und den Jüngern stets nahe gehalten. Längs dachte sie das fähle Grab, als eines Tages ihre junge achtzehnjährige Tochter Emilie, ihr verjüngtes Ebenbild, die mein Vater geliebt und konfirmiert hatte, mit der Bitte zu ihm kam, sie heimlich aber mit Einwilligung ihres Vater, mit dem Grafen Eugen v. Steinhausen zu traun, der zum Besuch bei seinen Verwandten, viel in ihrem Hause verkehrt habe und sie betrauten wolle. Er glaube aber nicht die Einwilligung seines Vaters zu erhalten, darum wolle er dieselbe erst nach der Trauung einholen, wo er dieselbe eher zu erhalten hoffe. Halten Sie einen Menschen für einen Mann, wenn er sich so verhalten würde? Mein Vater war es nicht, er wußte die Trauung, die irdische Gesetze ihm freilich ohne die Einwilligung des alten Grafen Steinhausen nicht gestatteten, aber auch in seinem Herzen lebte die Hoffnung auf die nachträgliche Zustimmung deselben. Graf Eugen hatte sich von seinen Verwandten verabschiedet und lebte heimlich in dem vor dem Thore gelegenen Versteck seines Schwiegervaters, vermaß aber im ersten Augenblicke des jungen Glückes, sich den väterlichen Konsens zu verschaffen. Erst als Frau Emilie Mutterhoffnungen entgegenah, dachten beide daran. Die Antwort des alten Standesherrn war freilich seinen Ansichten gemäß, stimmte aber nicht mit den Wünschen des Sohnes überein. Er schrieb ihm, er solle augenscheinlich nach Steinhausen zurückkehren, vorher aber die illegitime Ehe mit einer Bürgerlichen lösen, sonst werde er, kraft des ihm zuführenden väterlichen Rechts, die Annulierung der ohne seine Einwilligung geschlossenen Ehe beantragen. Den Inhalt die-

ses Schreibens wagte er seiner Gattin nicht mitzuteilen, sondern er ging damit zu meinem Vater, der ihm riet, zu warten, bis Frau Emilie ihrem Kinde das Leben gegeben und die Kraft wiedererlangt habe, sämtliche Nachrichten zu ertragen, dann sie von dem Vorgefallenen in Kenntnis zu setzen, den Trennungsschmerz für kurze Zeit zu überwinden und einen persönlichen Angriff auf das Vaterherz zu machen. — Ein Sohn ward dem Paar geboren; zwei Monate nach seiner Geburt erfuhr Frau Emilie, die in ihrem Gatten und Mutterglück nie nach Graf Steinhausens Antwort gefragt hatte, dieselbe. Mit heißem Weh trennte sie sich von ihm, der nie nach Münster zurückkehrte.“

„So viel ich erfahren,“ unterbrach hier Reginald den Erzähler, „habe Graf Eugen, er vermochte noch nicht ihm den Vaternamen zu geben, ehe er die Heimat wieder betrat.“

„So müssen wir annehmen“, fuhr der Justizrat fort, „daß der alte Graf entweder glaubte, der Sohn habe vor seiner Rückkehr gehoramt die seiner Meinung nach illegitime Ehe gelöst, oder er wagte nicht dem toten Sohne gegenüber zu thun, was er dem lebenden gegenüber ohne Zweifel gethan hätte. Jedenfalls stände es um Ihre Hoffnungen wohl anders, wenn Graf Eugen Steinhausen lebend betreten hätte, so ist aber die Ehe Ihrer Eltern rechtlich geworden, da Graf Otto die sechsmonatliche Frist vorüberließ, die das Gesetz ihm gewährte, den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der ohne seine Einwilligung geschlossenen Ehe seines Sohnes zu stellen. Kommen Sie jetzt zum Archidiakonus, im Kirchenbuch steht, ich weiß es, die Trauung Ihrer Eltern, sowie der Tag Ihrer Geburt verzeichnet, er muß Ihnen den Traufstein und Ihren Traufstein anstellen. Legen Sie das mit den Beweisen, die Sie mir vorgezeigt haben und dem Archidiakonus zeigen werden, dem Berichte Ihrer Nachbarn vor, so muß es Sie als Erben der Familie Steinhausen anerkennen.“

Mit schwerem Herzen hatte einst Graf Eugen Münster verlassen; mit widerstrebenden Gefühlen im tief verunnützlichem Leben wußte er, trümpfend verließ ihr Sohn die Stätte seiner Geburt, die er als unbedeutendes Tagelöhnerkind betreten hatte, als Erb- und Standesherr einer altadeligen Familie.

(Fortf. folgt.)

Reichsanzeiger folgende Verordnung: „Zu denjenigen Drogen und chemischen Präparaten, welche nach § 2 der Verordnung betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 27. Januar 1890 Reichs-Gesetz, S. 9 und dem zugehörigen Verzeichnis B nur in Apotheken feilgehalten oder verkauft werden dürfen, tritt hinzu: Serum antidiphthericum, Diphtherieserum.“

München, 5. Jan. Ein aus Mitgliedern beider Gemeindefolgen bestehender Ausschuss vollendete den Entwurf zu den Satzungen des geplanten städtischen Arbeitssamens, welches unentgeltliche Arbeitsvermittlung bezweckt. Die Satzungen bedürfen der Zustimmung der Gemeindefolgen und der Regierung.

Ausland.

• Ueber die Degradation des französischen Hauptmanns Dreyfus wird aus Paris gemeldet: Dreyfus wurde am Samstag morgen um 6 Uhr nach der Militärakademie abgeführt. Vor dem Hofe des Gebäudes hatten sich vorher schon zahlreiche Neugierige eingefunden. Von 9 1/2 Uhr ab rückten die Truppen an, die zu diesem Anlasse befohlen waren. Ueber den Vorgang der Degradation ist bereits berichtet worden. In dem Augenblick, als der Adjutant sich Dreyfus näherte, um ihm die Offizier-Abzeichen abzunehmen, rief Dreyfus: „Ich schwöre, daß ich unschuldig bin. Es lebe Frankreich!“ Die außerhalb der Ecole stehende Menge, die verstand, daß Dreyfus seine Unschuld beteuerte, schrie: „Tod dem Verräter!“ und von allen Seiten ertönten ähnliche Rufe. Darauf vollzog der Adjutant die Degradation. Als er den Degen zerbrach und die Stücke zu Boden warf, rief Dreyfus von neuem: „Ich bin unschuldig! Es lebe Frankreich!“ Dann mußte Dreyfus vor der Front der Truppen vorbeischießen. Als er bei einer Gruppe von Journalisten vorbeikommt, rief er: „Sagt ganz Frankreich, daß ich unschuldig bin!“ Einige Referendare erwiderten: „Nieder mit dem Judas! Schweig, Verräter!“ Bei diesen Worten wandte sich Dreyfus aufbrosch mit drohender Miene nach den Rufen um. Die Artilleristen, die ihn begleiteten, zogen ihn jedoch weiter, und ohne weiteren Zwischenfall war um 9 1/2 Uhr die Handlung beendet. Nachdem der Beurteilte der Polizei übergeben war, legten ihm zwei Gendarmen Handschellen an, und ließen ihn in einen Kellernwagen steigen, der ihn nach dem Genzarren der Beurteilten brachte.

Außerhalb des Gebäudes hatte sich inzwischen eine beträchtliche Volksmenge angesammelt, die Häuser waren mit Neugierigen besetzt, erregte Rufe, wie „Tod dem Verräter Dreyfus!“ wurden gehört und vermehrt sich nach vollzogener Degradation. Die Menge hätte den Beurteilten ohne Zwischensatz, wenn man ihn in ausgetrieben hätte. Die Truppen begrüßte die Menge mit den Rufen: „Es lebe die Armee, es lebe Frankreich, es lebe das Vaterland!“

Im anthropometrischen Institut des Gefängnisses La Santé wurde Dreyfus in einer zerfetzten Uniform gemessen und fotografiert. Er wurde darauf in die Zelle zurückgebracht, wobei er von neuem seine Unschuld beteuerte.

Es gilt jetzt als wahrscheinlich, daß nicht die Halbinsel Ducos in Neucaledonien, sondern die Insel du Salut der Deportationsort für Dreyfus sein wird.

Die Inseln gehören dem französischen Teile Cayennes an und sind schwer zugänglich, wodurch die Ueberwachung der Verbannten sehr erleichtert wird. Die Insel du Salut umfassen die Ile Royale, die Ile St. Joseph und die Ile du Diabolo. Sie sind sämtlich bewaldet, landschaftlich schön und voneinander durch kleine Meerengen getrennt. Seit mehreren Jahren dienen sie schon als Genzarren für die aus dem Mutterlande anlangenden Gefangenen-Transporte. — Der „Temps“ erzählt, Dreyfus habe seinen Wärtern vor der Degradation erklärt: „Ich bin unschuldig. Wenn ich militärische Papiere einer fremden Macht ausgeliefert habe, so wollte ich sie damit auf den Keim tödlichen und wertvollere Gegenstände erlangen. In drei Jahren kennt man die Wahrheit, und der Kriegsminister selbst wird meine Angeltendheit wieder aufnehmen.“ Die „Cocarde“ wiederholt die Entbindung, Dreyfus habe Deutschland als die Macht bezeichnet, der er die Papiere ausgeliefert.

Der russische Spezialbevollmächtigte Fürst Gubanow war im Vatikan der Gegenstand außergewöhnlicher Ehrungen. Der Fürst sowie der Botschaftssekretär Baron Hüderberg wurden am Samstag von Papst in Abschiedsbenediction empfangen. Fürst Gubanow erhielt ein Mosaisches als Geschenk des Papstes. Später wurden sie von dem Staatssekretär Kardinal Rampolla empfangen.

• König Umberto und der römische Hochadel. Einem römischen Brief der „Breslauer Morgenzeitung“ entnehmen wir die folgenden interessanten Angaben über die gespanntesten Beziehungen des italienischen Hochadels zum Königslande: „Nach der Entlassung des Hausministers Rattazzi wollte der König den Fürsten Doria-Pamphili zu diesem Amte ernennen, und es sollte gerade der Welt kund gethan werden, daß in diesen Dingen

num doch schon eine bemerkenswerte Wendung zum Guten eingetreten sei. Es wurde lange hin und her verhandelt, aber man hat sich heute auf die amtliche Ernennung, und viele behaupten, sie werde nicht erfolgen, weil gewisse Einflüsse den Fürsten Doria in dem Entschlusse, die Hofcharge anzunehmen, erschüttert haben. Die wichtigsten Familien des römischen Adels bleiben eben nach wie vor dem Hofe fern. Die Botschafter, die mächtigste römische Familie, verharren entschieden in der Negation gegenüber dem Doria, das heißt gilt von den Aldobrandini, Solimati, Rosignoli, Ruffini, Dr. Fini und vor allem von den Massimo. Die letztere ist mit dem sächsischen Königslande, mit den Bourbonen und u. a. auch mit der italienischen Königsfamilie verwandt, denn der gegenwärtige Chef der Familie Massimo ist der Sohn einer Prinzessin von Savoyen und damit ein Vetter des Königs. Es würde dem Hofe natürlich großen Glanz verleihen, wenn Sprossen dieser alten Familien den Thron umgaben und den Kern der Hofgesellschaft bildeten. Aber für diese Herrschaften hat die Aussicht auf einen Platz in der Ehrenquadrate der Königin nichts Verlockendes. So ist der mehr bürgerliche Ton am italienischen Hofe weniger zugunsten des Hofes. Die demontischen und toskanischen Größen, die venetianischen u. genevesischen Nobilität sprecher wohl einmal bei Hofe vor, verschwinden aber bald wieder, denn es ist in Rom nicht eben heiter, und dabei in Turin und Florenz, in der Romagna und in Genua, sowie in dem einzig fröhlichen Neapel geht es lustiger her. Die Damen, welchen der nächste Platz hinter der Königin zuerkannt ist, sind die Frauen, bezw. Witwen der Mitglieder des Annunziatenordens, welche letztere den Titel „Vetter des Königs“ tragen, also Frau Grisi, Frau Minghetti, Frau Caroli — lauter bürgerliche Witwenfrauen oder -Witwen. Das ist schmerzlich für Jung-Italiens Königslande, umso mehr, als das es so schnell nicht anders werden wird.“

Arbeiterversicherung und Centrum.

Erklärung des Centrums bei der Beratung über das Socialversicherungsgesetz (1878).

Die Reichstagsession war geschlossen worden am 24. Mai 1878. Der 11. Mai hatte das furchtbare Attentat gebracht, infolge dessen die verbündeten Regierungen das erste Socialversicherungsgesetz dem Reichstage vorlegten. Am 23. und 24. Mai verhandelte der Reichstag über die Vorlage; § 1 des Gesetzesentwurfes, der das Verbot von Druckschriften und Vereinen enthielt, wurde abgelehnt gegen die Stimmen der konservativen Parteien und einzelner Nationalliberalen (mit 251 gegen 57 Stimmen). Von der weiteren Beratung der Vorlage wurde Abstand genommen, nachdem namens der verbündeten Regierungen erklärt worden war, daß sie nach der Ablehnung des § 1 auf die Zustimmung über die übrigen Paragraphen keinen Wert legen. Wenige Wochen später, am 2. Juni, folgte das Nobilitäts Attentat. Bereits unterm 6. Juni beantragte Fürst Bismarck in einer Denkschrift beim Bundesrat die Aufhebung des Reichstages, die denn auch am 11. Juni erfolgte. Die Wahlbewegung war fieberhaft erregt, die offiziöse Presse richtete heftige Angriffe gegen die Liberalen, weil sie das erste Socialversicherungsgesetz zum Falle gebracht hatten, und sich durchsichtigen, daß der Wahlkampf zugleich den Liberalen gelte, die zerprengt werden müßten, um eine zuverlässige Majorität im Parlamente zu schaffen — wohl auch für die geplante Finanzreform. Am 30. Juli wurde der neue Reichstag gewählt, dem bei seinem Zusammentritte am 9. September sofort das zweite Socialversicherungsgesetz vorgelegt wurde. In den Motiven zu demselben heißt es u. a.: „Dem Staate allein wird es indessen nicht genügen, die in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mittel nicht geltend zu machen, die socialdemokratische Bewegung zu beschränken; diese Mittel bringen die Vorbedingung für die Heilung des Uebels, nicht die Heilung selbst. Es bedarf vielmehr der thätigen Mitwirkung aller erhaltenden Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, um durch Verbeugung der Religiosität, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte, wie durch weitere wirtschaftliche Reformen die Wurzeln des Uebels zu beseitigen.“

Das Gesetz enthält noch schärfere Bestimmungen, als das vorangegangene. Bezüglich des Gesetzesentwurfes vom Mai hatte v. Bennigsen namens der Nationalliberalen erklärt, daß derselbe der allgemeinen Rechtsgleichheit aller Staatsbürger widerspreche und schon deshalb unannehmbar sei. Außerdem sei er auch in juristisch-technischer Beziehung unannehmbar, da er nur die „Ziele“ der Socialdemokratie treffen wolle, welche Ziele aber gar nicht definiert seien. Jetzt aber stimmten unter Führung desselben Herrn v. Bennigsen die Nationalliberalen für das Gesetz und gaben den Ausschluß für die Annahme desselben.“

Das Centrum stimmte geschlossen gegen die Gesetzesvorlage. Schon bei der Generaldebatte hatte im Namen desselben Reichstagsmitglied die Vorlage als unannehmbar u. unannehmbar bezeichnet, weil sie der Polizeivollmacht Thür und Thor öffne und die öffentliche, kontrollierbare Agitation durch die gefährlichere geheime, von Dr.

zu ihr fortschreitende ersehen werde. Er verlangte Uebernahme aller Bevölkerungsklassen zu wahrer Selbstbestimmung und Pflege eines echt religiösen Lebens.“ Er beantwortete schließlich die Erweiterung des Strafgesetzbuches in der Richtung, daß auch bloße Doktrinen, welche das Recht der Revolution behaupten, unter das Strafgesetz fallen müßten, ebenso daß der Glaube an das Reich in Gottes als ein Fundamentalexiom der ganzen menschlichen Gesellschaft im Strafgesetzbuche zu schützen sei.

Bei Beginn der zweiten Lesung gab Frhr. v. Franckenstein namens des Centrums eine Erklärung ab, in welcher einerseits die socialdemokratische Agitation verurteilt wird, sofern dieselbe darauf gerichtet ist, Gottesfurcht, Christentum und Kirche zu zerstoren, oder insofern durch dieselbe strafwürdige, die Gesellschaft oder das Eigentum bedrohende Ziele verfolgt werden; andererseits aber es als weder gerecht, noch notwendig, noch heilsam erachtet wird, den Ausnahmeweg zu beschreiten. Das Centrum sei bereit gewesen, den Erlaß eines Gesetzes in erste Erwägung zu ziehen, welches gegenüber den neuerdings stärker hervortretenden Gefahren im Reiche eine Erweiterung der entsprechenden Bestimmungen des Strafgesetzes zur Grundlage genommen und, daran anschließend, straflichen Ausschreitungen in Vereinen und Versammlungen, sowie in der Presse bestimmte Rechtsbeschränkungen gezogen hätte. Dies sei aber von der Mehrheit der Kommission in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen abgelehnt worden. Das wichtigste aber seien positive Reformen. „Polizei und Strafgesetz werden nie heilend wirken können, wenn nicht gleichzeitig positive Maßregeln ergriffen werden zur Abhilfe unzulänglicher vorhandener und weiterverbreiteter Missethätigkeiten im wirtschaftlichen und sozialen Leben des Volkes, namentlich in den Verhältnissen des Arbeiterstandes, und wenn nicht zugleich dafür gesorgt wird, daß Gerechtigkeit, Gottesfurcht und Friede, insbesondere auch auf dem staatlich-türlichen Gebiete im Reiche zur vollen Herrschaft gelangen.“

So hatte das Centrum auch bei dieser Gelegenheit in besonders hervortretender Weise positive Maßregeln namentlich für den Arbeiterstand gefordert.

Was dieser Erklärung besonderen Nachdruck verlieh, waren die veränderten parteipolitischen Verhältnisse im Reichstage, wodurch das Centrum die ausschlaggebende Stellung erlangt hatte. Wir müssen auf dieselben einen kurzen Blick werfen.

Bis zum Jahre 1877 war die nationalliberale Partei im Reichstage die ausschlaggebende, in der Legislaturperiode 1874/77 hatte sie 151 Mitglieder; es war dies, wie Baster im Eifer der Rede sich einmal ausdrückte, die „Zeit ihrer Herrschaft“. Die Wahlen 1877 brachten ihr noch 128 Sitze; im Neujahr 1878 verhandelte Fürst Bismarck in Barzuz mit Herrn v. Bennigsen, dem Führer des rechten Flügels der Nationalliberalen (der linke Hand unter Loslers Einfluß), wegen Eintritts desselben in das Ministerium, woraus jedoch nichts wurde. Bei den Wahlen vom Jahre 1878 erhielt die nationalliberale Partei nur mehr 98 und 1881 47 Sitze. Das Centrum dagegen hatte von Wahlperiode zu Wahlperiode an Mitgliedern zugenommen. Am 3. März 1871 fanden die ersten Wahlen zum deutschen Reichstage statt; sofort nach Zusammentritt desselben am 31. März bildeten 67 katolische Abgeordnete hier eine „Fraktion des Centrums“. Das „im Frühjahr 1871“ erlassene Programm hob als die Hauptziele des Centrums hervor, einmal die Wahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des Reiches, dann wollte dasselbe „das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen nach Kräften fördern, für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches die verfassungsmäßige Bestimmung von Garantien erstreben und insbesondere das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung schützen.“

Der unglückliche „Kulturkampf“, dessen Hauptträger die nationalliberale Partei war, zwang das Centrum, seine ganze Kraft vor allem und ausschließlich einzusetzen für den einen Programmpunkt, die bürgerliche und religiöse Freiheit. Immer und immer wieder aber lagten die Centrumsführer in den parlamentarischen Reden bei Kulturkampf, daß die Regierung und ihre Parteien im Kampfe gegen die Kirche alle Kräfte anspannen, statt mit der Kirche zusammen sich den so drängenden sozialen Aufgaben zu widmen. Die Neuwahlen vom 10. Jan. 1874 verstärkten das Centrum im Reichstage von 63 auf 114 Mitglieder. Noch aber konnte das Centrum nicht an die 91 Antragsnahme der sozialen Aufgabe gehen, weil, wie Windthorst einem Freunde gegenüber u. a. mit Recht hervorhob, ein positives social-politisches Vorgehen des Centrums jetzt schon bei dem durchaus mangelhaften Kurze, der sowohl Regierung als Parteien beherzige, nicht bloß nutzlos und vergeblich sein, sondern auch zum Schaden der

ersten und höchsten Aufgabe des Centrums, des Schutzes von Religion und Kirche, die Forderung des Centrums nur noch verschärfen und stärken würde. Sobald aber in diesen Beziehungen die Lage besser sei, müsse sofort social-politisch vorgegangen werden, und er werde ganz gewiß mit dabei sein.

Das hat das Centrum denn auch gethan in der nächsten Legislaturperiode. Schon die Baalraufe im Herbst 1876 enthielten bestimmte socialpolitische Forderungen. Das Jahr 1877 brachte den grundlegenden Antrag Galen, nachdem das Centrum in der Wahl auf 92 Mitglieder und 3 Hospitanten gestiegen war. Bei der Wahl vom 1878 erreichte es die Zahl von 93 Mitgliedern und 10 Hospitanten und wurde damit die stärkste Partei im Reichstage. Als im Mai 1879 die neue „konservative liberale“ Majorität sich ein anderes Präsidium gab, wurde der Vorsitzende der Centrumsfraktion, Freiherr von Franckenstein, erster Vizepräsident. Fürst Bismarck, der bisher alle anderen Parteien nach Belieben „an die Wand gedrückt“ hatte, gestand, das Centrum sei der „unüberwindliche Turm“, gegen den er vergebens ankämpfe. Das Socialversicherungsgesetz wurde im neuen Reichstage zwar gegen das Centrum angenommen, aber auf anderen Gebieten wurde letzteres jetzt ausschlaggebend. Dazu kam, daß die nach dem großen industriellen Krach von 1873 ausgebrochene wirtschaftliche Not die Regierung zwang, sich von den mancherlei Theorien abzuwenden und die freihändlerische Handelspolitik zu verlassen. Jetzt war die Zeit gekommen, wo das Centrum sich der Verwirklichung seines zweiten Programmpunktes „das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen zu fördern“, mit voller Hingabe widmen konnte. Es hat das gethan sowohl in bezug auf den Arbeiterstand, als auch auf die Arbeiterversicherung. Da die Motive des Socialversicherungsgesetzes positive Maßregeln in Aussicht gestellt hatten, so durfte wohl erwartet werden, daß die nächste Session die diesbezügliche Vorlage bringen würde. Als diese Erwartung sich nicht erfüllte, brachte das Centrum sofort eine Interpellation bezüglich der Abänderung des Haftpflichtgesetzes ein.

*) Darüber sagte Dr. Windthorst: „Ich frage mich, ob es denn denkbar ist, daß nach dem im Monat Mai mit vollem Bewußtsein in die damalige Vorlage zurückgegriffen, man heute die in wesentlichen selbst Vorlage annehmen werde. Ich glaube, die Frage verneinen zu müssen, weil ich Vertrauen habe auf die Konsequenz politischer Männer; heute bin ich überzeugt, daß dies man Vertrauen eine richtige Unterlage nicht gehabt hat. — Es hat gestern mein verehrter Landsmann, der Abg. Herr v. Bennigsen mit großer Geschicklichkeit den Versuch gemacht, diese aufzulösen die Zulassung zu rechtfertigen, und es ist ihm für diese seine Rede der Ruhm zu teil geworden, daß er sehr staatsmännisch gesprochen habe. W. H., wenn es das Genie eines Staatsmannes ist, im Mai „nein“ und im Oktober „ja“ zu sagen, dann allerdings befenne ich, daß die Stellung meines Landsmannes eine sehr staatsmännische gewesen ist.“ Und an anderer Stelle sagte Dr. Windthorst: „Es haben einige die Rede des Herrn v. Bennigsen aufgefaßt als eine oratio pro statu ministerialii; ich habe sie aufgefaßt als den allerdings wenig gelungenen Versuch aus der Taufe zu heben eine neue Fraktion, eine Fraktion „Bismarck sans phrase“ mit der Erlaubnis, daß die Teilnehmer dieser Fraktion in besondere Kompagnien geteilt bleiben unter selbständiger Führung des Herrn v. Hellhoff, des Herrn v. Kardoff und des Herrn v. Bennigsen. (Sitzung v. 11. Okt. 1878.)“

*) „Ja will nur darauf hinweisen“, sagte er, „daß eine Ueberzeugung notwendig ist, und zwar nicht bloß bei den erstrebenden, sondern auch bei den gebildeten und gebildeten Klassen der Nation. Denn, wie das Uebel von oben ausgeht, so muß es auch von oben wiederum geholt werden. Das Uebel muß geholt werden in der Schule, von der Universität an bis herab zur untersten Dorfschule. Geholt muß nicht, n. H., — ich will nicht als Prophet sprechen, sondern ich glaube mit klaren Tatsachen zu rechnen, wenn ich lang, daß dann eine Socialdemokratie der Zukunft in der nächsten Generation einzuwirken wird, gegen welche die Pariser Kommune eine Duelle gewesen ist. Hier liegt meiner Ansicht Ueberzeugung nach die Wurzel des Uebels und hier allein die Möglichkeit einer Abhilfe. Wenn man etwa glauben sollte, mit den Mitteln der Volkserziehung, wie sie hier gefordert werden, Hilfe schaffen zu können, so kann ich nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß das eben so berechtigt wäre, wie wenn man den Krater eines Vulkanus mit einem Vulkankegel oder Bundesratskegel verstopfen wollte.“ (16. Sept. 1878.) — Dr. Windthorst (11. Okt. 1878): Der Gesetzesentwurf bringe die Erklärung, daß die in der Verwaltung des Reiches und der Einzelstaaten bankrott ist und daß man nur noch mit der Polizei und dem Bajonet die Ordnung aufrecht erhalten zu können glaubt. Eine verständige Regierung kann die socialdemokratische Bewegung ohne dieses Gesetz vollständig zum Stillstand bringen, aber sie muß den Mächten, die ihr dabei helfen können, freie Bewegung verschaffen. Insbesondere mit dem einen Arme die Socialdemokratie fassen, mit dem anderen die Kirche knechten und in allen ihren Bewegun-

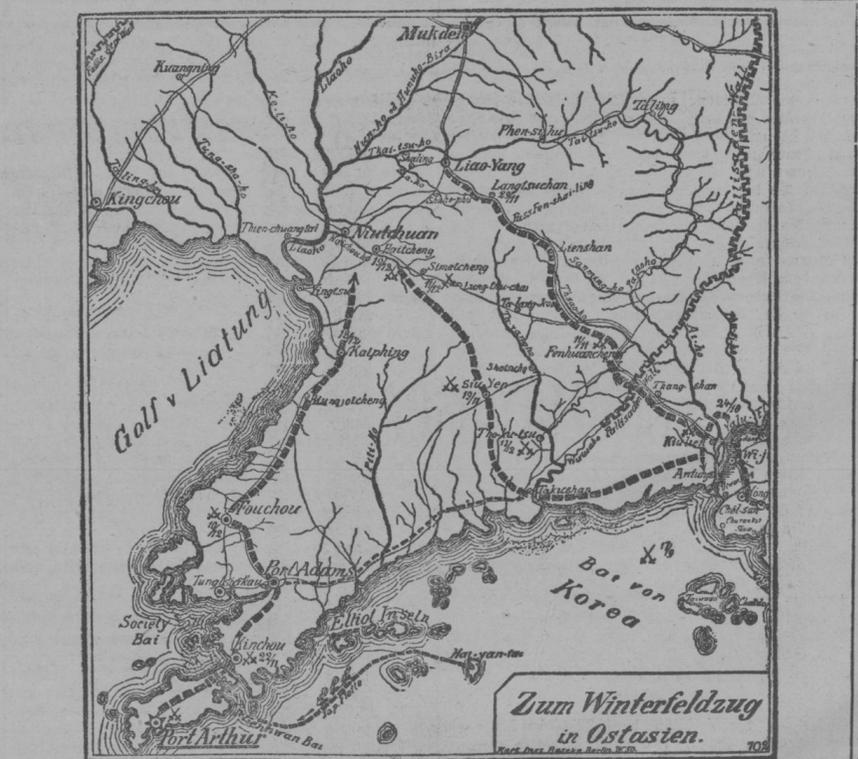
Die strategische Situation in Ostasien

Die Annahme, daß der bevorstehende Winter den siegreichen Operationen der Japaner ein Ziel setzen würde, hat sich als irrig erwiesen und auch die von China mit abschließlicher Höflichkeit aufgenommenen Friedensverhandlungen werden den weiteren kriegerischen Maßnahmen der Japaner nicht Einhalt thun. Im Gegenteil, Japan sucht sich durch energisches, unausgesetztes Vordringen die erzwungenen Vorteile nicht nur zu sichern, sondern auch sich dem Endziel seiner Operationen, der Eroberung Pekings, thunlichst zu nähern. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnen jetzt die weiteren Operationen, die man nur an der Hand einer zuverlässigen kartographischen Darstellung der durch die letzten Kämpfe geschaffenen strategischen Situation in verständlicher Weise verfolgen kann, ein erhöhtes Interesse, zumal neue Kämpfe bei Niuchuang und Mukden unmittelbar bevorstehen.

Das planmäßige Fortschreiten der Operationen der japanischen Heereskräfte ist, nachdem der ferozeste chinesisches Grenzfluß Jalu unter siegreichen Gefechten überschritten worden, trotz der Ungunst des außerordentlich bergigen Geländes auf chinesischem Boden keinen Augenblick zum Stillstand gekommen. Mit 2 Heereskörpern, deren rechte, die I. Armee unter General Yamagata, sich später noch in 2 Teile trennte, richtete sich der Marsch vom Jalu-Flusse nordwestlich, und seitens der unter dem General Oyama stehenden II. Armee von dem Kriegshafen Port Arthur aus nach dessen Einnahme nördlich, so daß die Marschrichtungen der japanischen Armeeteile nach Mukden zu tonvergierend, am Nordrande des Gols von Liatung sich zusammenzuschließen.

In unserem Kartenbilde sind Vormarschlinien durch starke Strichlinien markiert, und auch die Abweichung der linken Flügelsolonne von der ersten Armee nach Westen die Küste entlang und dann nach Nordwesten ist klar ersichtlich. Die Operationen, nach einem einheitlichen strategischen Plane geteilt, dessen Ziel die Einnahme von Niuchuang am Nordende des Liatung-Golfs ist, um die um den Golf führende Landstraße nach Peking zu erreichen, vollzogen sich wie folgt.

Die erste Armee ging nach der Schlacht von Antung am Jaluflusse nordwestlich über Tang-shan-tcheng durch die Pässe des großen Kollidabennwals auf den Gebirgspaz von Fung-Niang-tcheng los, welche am 11. November bereits im Besitze eingenommen wurden. Gleichzeitig operierte die nach Westen, die Küste entlang entsendete linke Flügelsolonne nach Erreichung von Ta-lu-shan in einer



Parallelrichtung nach Nordwesten, und nahm Su-Yen am 19. November ein. Beide Teile der ersten Armee legten ihren, in dem schwierigen Gelände und unter fortwährenden kleineren Gefechten mit chinesischen Truppenteilen nur langsam zu bewerkstelligenden Vormarsch nach Nordwesten fort, wobei durch ein noch weiter nach Südwesten ent-

detes Seitendetalement Fühlung mit der zweiten Armee genommen wurde, welche unter Aufsicht der Flotte den Kriegshafen Port Arthur einnahm. Die dann fortwährend II. Armee wandte sich nach Norden, parallel der Küste vordringend, besetzte die Chinesen bei Niuchuang am 22. November, bei Fuchou am 10.

Dezember, und traf schon am 18. Dezember, nach mehreren Generalmärschen in Kaiping ein. Während dieser Zeit war die I. Armee, die Gebirgspässe des Niuchuang-tung unter Kämpfen passierend, bis nach Lang-tu-shan am 11. Dezember vorgezogen, und näherte sich Bao Yang, während ihre linke Flügelsolonne gleichzeitig bis Sime A-tcheng vorgezogen war, als am 19. Dezember heftige Kämpfe bei Haincheng stattfanden, in denen die Chinesen bis über Niuchuang zurückgeworfen wurden.

In letzter Zeit kam eine Anzahl Meldungen über Gefechte, welche in dem von den siegreichen japanischen Armeen bereits vor 1 1/2 Monaten durchzogenen Gebiete von Antung stattgefunden, und man schloß hieraus, daß die Japaner, deren Oberbefehlshaber Yamagata frontalhalbher nach Japan zurückgekehrt und durch den General Nobuzuki ersetzt war, zurückgegangen seien. Dies ist jedoch keineswegs der Fall, vielmehr handelte es sich bei den neueren Nachrichten (Gefechte bei Antung, To-lu-shu, Fung-Niang-tcheng am 13. Dezember usw.) nur um unbedeutende Kämpfe mit zerprengten Heeresresten der planlos geführten Chinesen, deren Ausgang von sehr untergeordneter Bedeutung für den Gang des Feldzuges ist, die jedoch sämtlich für die Japaner siegreich verlaufen sind.

Die gegenwärtige militärische Situation, aus der sich die weiteren Operationen entwickeln werden, ist folgende: Die I. und II. japanische Armee steht in der Linie Ying-tu — Gaitsheng — Bao Yang; der Hafenplatz Niuchuang ist von den Chinesen, die teils nach Niuchuang-tai über den Baofo, teils nördlich nach Mukden zurückgewichen sind, verlassen und von den Japanern besetzt. Den letzteren steht der Vormarsch nach Westen am den Golf von Liatung über Niuchuang, von wo die Straße über Shanheituan nach Peking führt, frei, und dieser Vormarsch kann nur von Mukden aus in der rechten Flanke bedroht werden. Gegen letzteren werden die Japaner sich zu sichern wissen.

Eine III. Armee ist in Japan in der Bildung begriffen, unbekanntem Nachrichten zufolge bereits auf einer Transportflotte unterwegs. Ihr Ziel dürfte Shanheituan an der Straße nach Peking sein, woselbst schließlich die Entscheidung fallen wird. Eine freiwillige Unterbrechung der erfolgreich durchgeführten Operationen seitens der Japaner, etwa aus Anlaß der Friedensverhandlung ist nicht zu erwarten, auf den Winterfeldzug hat sich die japanische Armee vollkommen vorbereitet. Die sporadischen Unruhen in Korea werden in keiner Weise den Operationsplan beeinflussen.

Bertram's
verbesserte
Theerschwefel-
Seife

ist die beste Haut-
seife, welche im Handel ist. Die-
selbe befähigt alle Hautunrein-
heiten in kürzester Zeit. Bei dem
Einkauf achte man darauf, daß
jedes Stück mit der vollen Firma
versehen ist. In Düsseldorf nur
allein echt mit Gebrauch's-An-
weisung bei

Christ. Bertram, Hofl.,
gegründet 1848,
Kölnerstr. 5 u. Schadowstr. 37.

Ankauf
gebrauchter Kleider u. Militär-
Effekten bei

Wallstr. **Jakob Bier,** 18 u. 28.
Bitts auf Haus-Nr. u. Firma zu
achten. — Schriftliche auswärtige
Beisetzungen werden prompt bei.

Heinr. Brauer,
Regen- und
Sonnenschirmfabrik,
Grabenstraße,
gegenüber dem Alleeplatz.
Größte Auswahl. Billigste Preise.

Bitte ausschneiden u. einsenden!

An die Firma
Kirberg & Cie.
in Gräfrath
bei Solingen.



Der
Unterzeichnete
bittet um Franko-
Zusendung von 1 Stück
Taschenmesser wie obige
Zeichnung, mit 2 echten
Stahlklingen und Korkzieher,
Heft fein Schildpatt imitiert, alles
hochfein poliert, und verpflichtet sich,
hierfür den Betrag von **1,20 Mark** inner-
halb 3 Tagen einzusenden, oder das Messer in
gleicher Frist zu retournieren.

Name: _____
Ort: _____

Umsonst versenden wir an Jedermann unseren Pracht-
Katalog. Derselbe bietet die größte Auswahl in sämtlichen
Solinger Tafelmessern, Taschenmessern, Rasirmessern, Brod-
schlächtern, Gemüse-, Hack- und Wiegemessern, allen Sorten
Scheeren, sowie Revolvern, Gartenbüchsen, Pistolen, Jagd-
wehren und Munition. Ferner beste und billigste Bezugsquelle
in sämtlichen Fernrohren, Feldstechern, Operngläsern, Lupen,
Kompassen, Mikroskopen.
Erstes und ältestes Geschäft am Platze, welches direkt
an Private liefert!!!

Das herrschaftlich eingerichtete
Haus Kreuzstraße 50
ist zu verkaufen.

Befehd Albertstraße 3. Unterhändler verboten. 281

Polizei-Verordnung,
betreffend Befestigung des Trochens von Gegenständen unmittelbar
auf oder über Dampfesseln.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landes-
verwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§. 6, 12 und 15 des Ge-
setzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird mit
Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für den Regierungs-Bezirk
Düsseldorf folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Das Trochen von Gegenständen unmittelbar auf einem
Dampfesseln oder ohne Verwendung ständiger auf dem Kessel ange-
brachter Trochenvorrichtungen über einem Dampfessel ist verboten.
§ 2. Uebertretungen vorstehender Vorschrift werden mit Geld-
strafe bis zu 60 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft
bestraft.

Düsseldorf, den 27. November 1894.
Der Regierungs-Präsident. **gez. Freiherr von der Recke.**

Vorstehende Polizei-Verordnung wird hiermit zur öffentlichen
Kenntnis gebracht.
Düsseldorf, den 29. Dezember 1894.
Die Polizei-Verwaltung. Der Oberbürgermeister: **J. B. Feistel.**

Bekanntmachung.
Von einer ungenannten Stamm-
Gesellschaft sind für die Armen
Düsseldorfs 20 M. eingegangen,
wovon hiermit dankend quittiert
wird.

Düsseldorf, den 5. Jan. 1895.
Der Oberbürgermeister.
J. B. Feistel.

Ein braver katholischer
Arbeiter,
welcher alle Landarbeit, Gemüse-
bau und mit der Behandlung der
Milchviehe vertraut ist, zum baldigen
Eintritt gesucht. Franco Offerten
in F. J. 980 an die Exped. 694

Ein braver solider Fuhrknecht,
kalt, mit guten Zeugnissen, als
Müller-Fuhrknecht
zu Vermietung gesucht. Off. unter
E. B. 981 an die Exped. d. Bl.

Gewächse, Schweizer und Milch-
küchler jüdischen Stelle. Kollar,
702 Hülgerstr. 66. Telefon 992.

Ein gut erhaltener
Kochherd
mit 4 Backöfen u. 2 Warmwasser-
kesseln, 14 Zoll lang 3 Fuß breit, steht
zu verkaufen. Derselbe wurde bis
jetzt zur größten Zufriedenheit be-
nutzt und nur verkauft, weil er zu
klein geworden. Auskunst
Markenkaufhaus, Kaiserstr. 748

Ein
schwertragendes
Rind
zu verkaufen.
Siehe 57.

WINTER-AUSVERKAUF.

Unser diesjähriger Winter-Ausverkauf des gesamten Waaren-Lagers beginnt

Montag, den 7. Januar cr.

Um eine mögliche Räumung sämtlicher Waaren vor Beginn der Frühjahrs-Saison herbeizuführen, werden
dieselben

zu aussergewöhnlich billigen Preisen

verkauft.

Coppel & Goldschmidt,
Mittelstrasse 18.

Rhein.-Westf. Baufach-Ausstellung

Dauernd Düsseldorf. Freier Eintritt.
Inhaber: Friedrich u. Emil Woker.

Vorläufig Werktags von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags,
Sonntags von 11 Uhr " " 4 " "

Anmeldungen werden entgegengenommen und nähere Auskunft erteilt im Ausstellungs-Gebäude Kaiser Wilhelm- und
Charlottenstrassen-Ecke. Die Direktion: Fr. Halmhuber.

Diese Woche endgültig am 12. Jan. Zieh. Schon auf 2. Los ein Treffer.

der groß. Geldlotterie, Lose 5 M. 60 Pfg.

Haupt: 500 000, 300 000, 200 000,
Gewinne: 100 000, 60 000, 50 000, 40 000, 30 000, 20 000 etc.

Endgültig am 12. Januar und folgende Tage:

Regensburger Dombau-Geldlotterie, 475 000 M.
per Los 3 M., 11 Lose 30 M.

Geld-
Gewinne: M. 75 000, 50 000, 25 000, 10 000, 25 000 etc.
15 086 Geldgewinne mit Mark 475 000 bar. per Los 3 Mark.

Ulmer Dombau-Lotterie, Zieh. am 15. Jan., 11 Lose 30 Mark.
Gewinne M. 75 000, 50 000, 25 000, 10 000, 20 000 etc.
3180 Geldgewinne mit M. 342 000.

Loose empfehlen: Franke & Cie., Düsseldorf, Königs-Allee 26, Telefon 498.

Städtischer Musik-Verein Düsseldorf.
Donnerstag, den 10. Januar 1895,
abends 7 Uhr,
im Kaisersaale der Städtischen Tonhalle:

4. Konzert,

unter Leitung des Städtischen Musik-Direktors
Herrn **Julius Butts**
und unter Mitwirkung der Frau **Teresa d'Albert-Carreno.**

PROGRAMM:

1. Vorspiel zu dem Märchen „Der Rubin“ von Eugen d'Albert.
2. Klavierkonzert Nr. 2 B-dur, op. 12 von Eug. d'Albert.
3. „Das Glück von Edenhall“, Ballade für Chor und Orchester von Engelb. Humperdinck.
4. Solovorträge für Pianoforte.
5. „Aus Italien“, symphonische Fantasie in 4 Teilen von Rich. Strauss.

Eintrittskarten numeriert à 4 Mark bei Herrn A. Hodas, Allee-Strasse 44 (Eingang Grabenstrasse), nicht numeriert à 3 Mark ebendasselbst, bei den Herren W. Bayrhafer Nachfolger A. Bock, Bazarstrasse, und Alb. Metzger, Schadowstrasse 72.

Kassapreis numeriert 5 M., nicht numeriert 4 M.

Die Generalprobe findet statt am Mittwoch, den 9. Jan., abends 7 Uhr. Eintrittskarten à M. 1,50 an der Kasse.

Am **Mittwoch, den 9. Januar ds. Js.,**
nachmittags 2 Uhr,
läßt die Lokal-Abteilung des landw. Vereins in Siegburg bei Herrn
Gastwirt Frießem vor dem Mühlentore die angekauften
Stierkälber u. Stiere niederl. Rasse
auf Kredit gegen Bürgschaft versteigern.
Im Anschluß hieran läßt der Unterzeichnete ebendasselbst
12 selbstgezeugene Sprungfähige Stiere
holländischer Abstammung,
gegen Barzahlung versteigern.
Federhof, bei Sittorf (Steg), den 6. Jan. 1895.

Suppen-Anstalt für arme Schulkinder.
Charlottenstraße 81b.

Die Eröffnung unserer Suppenanstalt erfolgt am **Donnerstag,**
den **10. Januar 1895** und es sollen dort täglich — mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage — von 11 bis 12^{1/2} Uhr ca. 600 bedürftige
Schulkinder gespeist werden.
Da wir für den Betrieb der Anstalt lediglich auf einen Teil der
Zahresbeiträge der Vereinsmitglieder und auf die Liebesgaben unserer
Mitglieder angewiesen sind, so dürfen wir wohl hoffen, für unsere
gemeinnützige Veranstaltung wie bisher, so auch in diesem Jahre
genügende Unterstützung zu finden und bitten, Gaben an Geld und
Naturalien entweder an die mitunterzeichneten Vorstandsmitglieder
oder direkt an die Anstalt senden zu wollen.
Ueber die Eingänge wird öffentlich quittiert werden.
Düsseldorf, den 1. Januar 1895.

Das **Damen-Komitee:**
Frau Dr. Bartel; Frau Dr. Baufsch; Frau Geheimrat Dr. Beyer;
Frau Sanitätsrat Dr. Edardt; Frau Oberbürgermeister Lindemann;
Frau Geheimrat Kommerzienrat Pfeiffer; Frau von der
Recke von der Forst; Frau Kommerzienrat Schief; Frau J.
Simons; Frau Aug. Sohl; Frau Spemann; Frau Clara Thieme;
Frau Aug. Windfeld.

Der Vorstand des Vereins gegen Verarmung u. Bettel:
A. Schiller, Vorsitzender. Dr. Becker, Kommerzienrat A. Bagel.
Aug. Bohmstedt, R. Pels-Leusden, G. Petermann, Aug. Höttingen,
Jof. Simons, Aug. Sohl, Schriftführer und Kassierer.

Th. Schwieters
Düsseldorf,
30 Wehrhahn 30,
vis-à-vis der Dillstraße.
Empfehle in nur solider Ware
und größter Auswahl

Pfeifen,
Spazierstöcke,
Meerschmaul- u. Bernsteinspizen
etc. etc.
zu denkbar billigsten Preisen.
Reparatur aller Drechslerarbeiten.
empfiehlt die
Töwen-Drogerie
Rud. Feldsieper
Eckestraße 7. 694

Heinr. Krausen,
Kohlen, Koaks, Briquets und Brennholz,
empfiehlt zur geistl. Abnahme die Produkte der Bechen:
Serkules, Steingatt, Dohlfauher Ziefbau, Julius
Philipp, Eintracht Ziefbau und Hafewinkel,
Engenbichem und Wiechle.
38 Duisburgerstraße 38.
Fernsprecher Nr. 1073. [674] Fernsprecher Nr. 1078

Juwelen, Gold- u. Silberwaren.
Heinr. Zeck,
18 Grabenstr. 107 Grabenstr. 18.
Anfertigung nach Muster oder Zeichnung.
Reparaturen. Umänderungen.
Ankauf und Umtausch von alten Juwelen, Gold
und Silber zum höchsten Wert.

Holbatko
behaupet infolge ihrer anerkannten Vorzüge
1) Absolute Reinheit an Geschmack u. Geruch,
2) Absolute Garantie für Appetitlichkeit,
3) Denkbare grösste Haltbarkeit u. Sauberkeit,
4) Gleichmässige Lieferung das ganze Jahr,
5) Grösste Vorwendbarkeit f. alle Küchenzwecke,
6) Grösste Billigkeit im Vergleich zu Naturbutter,
dauernd den 1. Ruf auf d. Kunstbutter-Markte.
Nur echt u. unverfälscht zu haben in unserer Centralverkaufsstelle,
226 Bolkerstr. 26, Filialen Klosterstr. 135, Kölnstr.
226, Nordstr. 25 und Friedrichstr. 90, Ecke Kirchfeldstrasse.
Holländische Butter-Compagnie Picard & Co. 783

B. Simons & Cie., Königs-Allee 17.
Düsseldorf, den 3. Januar 1895.
Provisionsfreie Kurse für Umsätze von M. 1000 u. darüber.

Wir zahlen für Vista stempelfrei.	Wir geben kurze Ausschreibung.
Paris, franz. Bankpl. u. Noten 81,—	Paris 81,20
Brüssel, belg. Bankpl. u. Noten 81,—	Brüssel, Antwerpen 81,20
London u. engl. Noten 20,37 1/2	London 20,41 1/2
Amsterdam u. holl. Noten 163,90	Amsterdam 163,30
(Mailand) 75,85	New-York 4,18 1/2
Schweiz (grosse Bankplätze) 75,65	Wir erlassen, soweit, Vorrat
8 1/2 % Konsols à 105,30, 8 1/2 % Konsols	à 96,60, zahl. d. tag, für 3 1/2 % 104,85,
Napoleons 16,30	für 8 1/2 % 96,20. Alles spesenfrei.
Sovereigns 20,30	

3 1/2 % Preuss. Centr. Bodenkredit-Kommunal-Obligationen und Pfandbriefe erlassen wir zum Berliner Kurse spesenfrei.

Düsseldorfer
Stadt-Theater.
Direktion: Eugen Staegemann.
Montag, den 7. Januar:
Mathea,
oder: Der Markt zu Richmond,
Romantisch-fantastische Oper in 4 Aufz.,
von Fr. v. Flotow.
Reg. D. Fiedler. Dir. H. Friedl.
Ballet, arrang. v. D. Fuchshafen.
U. 7 1/2 u. Opern-Preise. E. 9/4 u.
Dienstag, den 8. Januar:
Der fliegende Holländer,
Große Oper in 3 Aufzügen von
Richard Wagner.
Reg. D. Fiedler. Dir. H. Friedl.
Senta; Marg. Kahler vom Stadt-
theater in Rollen als Gait.
U. 7 1/2 u. Opern-Preise. E. 9/4 u.
Mittwoch, den 9. Januar:
Erstes Gastspiel von Joseph Kainz,
vom deutschen Theater in Berlin.
Der Zaitzman,
dramatisches Märchen in 4 Aufzügen
von Ludwig Fulda.
Regie Direktor Eugen Staegemann.
Abdoff: Joseph Kainz als Gait.
U. 7 1/2 u. Opern-Preise. E. 9/4 u.
Donnerstag, den 10. Januar:
Vorletztes Gastspiel von Jof. Kainz,
vom deutschen Theater in Berlin.
Galotto.
Drama in 3 Aufzügen und einem
Vorpiel von Paul Andau.
Regie Direktor Eugen Staegemann.
Genesio Adenau. J. Kainz als Gait.
U. 7 1/2 u. Opern-Preise. E. 9/4 u.
Freitag, den 11. Januar:
Fra Diavolo.
Romantisch-fantastische Oper in 3 Auf-
zügen von Auber.
Reg. D. Fiedler. Dir. H. Friedl.
U. 7 1/2 u. Opern-Preise. E. 9/4 u.
Samstag, den 12. Januar:
Romco und Julia.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von
Chafespeare.
Romco: Jof. Kainz als Gait.
U. 7 1/2 u. Opern-Preise. E. 10 u.

Casino.
Mittwoch, den 9. Jan. 1895,
abends 8 Uhr:
Vortrag
des Herrn Gymnasial-Dir. Lehrers
Dr. Felten, Reub, über
„Das deutsche Volkslied“.
Um zahlreiche Beteiligung und
pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Hatte mich den geehrten
Herrschaften
im Verleihen von
Tischen u. Stühlen
bedeuts empfohlen.
H. Simons, Schreinermeister,
Hohestr. 28 u. Friedrichstr. 24.

Ein Haus in der
Nähe
der Hofstraße zu kaufen
sich. Offerten unter
P. L. 984 an die Exp. d. Bl. 950

**Wand-
Kalender**
für 1895
per Stück 10 Pfennig
zu haben
in der Expedition ds. Bl.,
Bastionsstrasse 14.

Die Müllische Sparkasse
hierseitig die Hypotheken-Darlehen
auf hier gelegene Immobilien zu
kauf bis auf weiteres 3 1/2 %
Düsseldorfer Stadtobligationen von
1876/77, sowie 4 1/2 %ige Düsseldorfer
Stadtobligationen von 1882, und
verkauft 3 1/2 %ige Düsseldorfer
Stadtobligationen von 1888 und
1891 zu dem an der Geschäftsstelle
der Sparkasse zu erfragenden Kurse.

Dampfer-Fahrt
zwischen
Kaiserswerth und Düsseldorf.
Dampfer „Prinz Heinrich“.
Winter-Fahrtplan
vom 15. November bis auf weiteres.
An den Wochentagen
zu Berg:
Bon Kaiserswerth 7,— 1,50 6,0
" Ranght 7,02 1,52 6,02
" Müllchenwerth 7,22 2,12 6,22
" Düsseldorf 7,55 2,45 6,55
zu Thal:
Bon Düsseldorf 11,30 3,— 7,00
" Müllchenwerth 11,15 3,15 7,15
" Ranght 12,— 3,30 7,30
" Kaiserswerth 12,05 3,35 7,35
An Sonn- und Feiertagen:
zu Berg:
Bon Kaiserswerth 8,50 1,50 6,00
" Ranght 8,62 1,52 6,02
" Müllchenwerth 9,12 2,12 6,22
" Düsseldorf 9,45 2,45 6,55
zu Thal:
Bon Düsseldorf 16,— 3,— 7,00
" Müllchenwerth 10,15 3,15 7,15
" Ranght 10,30 3,30 7,30
" Kaiserswerth 10,35 3,35 7,35
Ferdinand Egermann.
In Kaiserswerth u. Düsseldorf
sind Gepäckträger.
Eströmungen vorbehalten.